

ANTRAG SPD-Gemeinderatsfraktion CDU-Gemeinderatsfraktion vom: 28.11.2006/05.12.2006 eingegangen: 28.11.2006/05.12.2006	Gremium:	31. Plenarsitzung des Gemeinderats
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	12.12.2006 885 / 890 7 öffentlich Dez. 1/5
Bundesgartenschau 2015		

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Der Gemeinderat hat am 18. März 2003 beschlossen, aus finanziellen Gründen auf die Ausrichtung einer Bundesgartenschau im Jahre 2015 zu verzichten. Die finanzielle Situation der Stadt hat sich seither nicht entscheidend zum Positiven verändert.

Aus heutiger Sicht ist das zu finanzierende Gesamtvolumen von rd. 60 Mio. € (zzgl. Preisanpassung und MWSt-Erhöhung) über zusätzliche Kreditaufnahme zu finanzieren, was zum Zeitpunkt der vollständigen Kreditaufnahme zu jährlichen Mehrbelastungen in Höhe von 2,6 Mio. € im Ergebnishaushalt und von 1,3 Mio. € im Finanzhaushalt führt. Die Verschuldung würde allein durch diese Maßnahme von 308,3 Mio. € (zum 31.12. 2008) bis 2015 auf 363,8 Mio. € steigen (Stand Entwurf HH-Plan 07/08).

Sollte der Gemeinderat heute zu einem positiven Votum kommen, wird die Verwaltung für eine endgültige Entscheidung des Gemeinderates bis spätestens März 2007 die planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen aufzeigen. Die in den Anträgen genannten Überlegungen werden hierbei berücksichtigt.

Erst danach kann eine erneute Bewerbung in Betracht kommen, denn diese muss verbindlich und unwiderruflich sein.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
ca. 97 Mio. €	ca. 37 Mio. €	ca. 60 Mio. €	noch offen		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen:					
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Vorbemerkung:

Nach Verbreitung der Nachricht, dass Osnabrück die Bewerbung für die Bundesgartenschau 2015 zurückgezogen hat, sind nach telefonischer Auskunft der Geschäftsführung bei der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) zahlreiche Anfragen anderer Städte aufgelaufen, die Interesse an einer ersatzweisen Durchführung der BUGA 2015 signalisiert haben. Für weitergehende Auskünfte zum Ablauf und zum Prozedere der Bewerbung erbittet die DBG eine offizielle schriftliche Anfrage der interessierten Stadt.

Zu den Anträgen:

Voraussetzung für eine Berücksichtigung bei der Ersatzvergabe der Bundesgartenschau 2015 ist laut Auskunft der Deutschen Bundesgartenschau GmbH (DBG) eine verbindliche Bewerbung bis Ende März 2007. Dem folgt eine Einladung durch die DBG zur Präsentation des Gartenschaukonzeptes. Für den Fall, dass sich Karlsruhe mit dem bereits bekannten, allenfalls leicht modifizierten Konzept aus dem Jahre 2003 wieder bewirbt, kann der erneute Präsentationsaufwand vergleichsweise gering gehalten werden. Die DBG wird dann binnen 2 Monaten über den Zuschlag für die BUGA 2015 entscheiden.

Die DBG geht davon aus, dass danach umgehend mit der Projektplanung begonnen werden muss, damit möglichst noch im Jahr 2008 mit ersten Maßnahmen begonnen werden kann.

Die Aufstellung des bekannten, überschlägigen Finanzrahmens wurde seinerzeit von der Stadtkämmerei und der Stabsstelle Projektcontrolling begleitet und in sich schlüssig bewertet.

Dieser Finanzrahmen aus dem Jahr 2003 setzt sich zusammen aus Gesamtausgaben in Höhe von rund 97 Mio. € (für Dauergrünanlagen, Durchführungskosten, Planungen, Wettbewerb, Grundstücke u.a.) sowie Gesamteinnahmen in Höhe von rd. 37 Mio. € (von Eintrittsgeldern, Konzessionen, Zuschüsse u.a.).

In der Bilanz bleibt ein auch nach heutiger Sicht weitgehend über Kredite zu finanzierendes Gesamtvolumen von rd. € 60 Mio. (zuzüglich Preisanpassungen und MWSt-Erhöhung). Bei diesem Konzept wurden bereits erhebliche inhaltliche Abstriche gegenüber dem ursprünglichen Entwurf (rd. € 85 Mio. Gesamtvolumen) gemacht. Das führt zu jährlichen Mehrbelastungen in Höhe von 2,6 Mio. € im Ergebnishaushalt und von 1,3 Mio. € im Finanzhaushalt. Die Verschuldung würde allein durch diese Maßnahme von 308,3 Mio. € (zum 31.12. 2008) bis 2015 auf 363,8 Mio. € steigen (Stand Entwurf HH-Plan 07/08).

Inzwischen können zwar Teilleistungen wie z.B. der Grunderwerb Hofgut Maxau sowie Planungs- und Bauaufwendungen für die Wegeverbindung Knielingen – Rhein in Abzug gebracht werden; im Gegenzug sind jedoch z. B. Mehrkosten bei den Brücken entlang der Rheinpromenade vorhersehbar. Die Zuschusserwartung an das Land – die seinerzeit mit 10 Mio. € beziffert wurde – bleibt unverändert. Zuschüsse aus EU-Mitteln sind grundsätzlich möglich, aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht bezifferbar. Ergänzende Finanzierungen von Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms werden sich voraussichtlich auf den Polder Bellenkopf-Rappenwört und den Rheinauenerlebnispark beschränken. Im Abschnitt Rheinbrücke – Rheinhafen sind mittelfristig keine Maßnahmen zur Rheindammertüchtigung vorgesehen. Entscheidend ist ferner der evtl. notwendige Erwerb des Bahngeländes zwischen Kreisel und Ostring zur Vervollständigung des Ostauerparks, in dessen Bereich der Gartenschauerschwerpunkt liegen könnte.

Ob die Weiterentwicklung des Zoologischen Stadtgartens in eine evtl. Bewerbung einbezogen werden kann, wird die Verwaltung prüfen und bewerten.

Im Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2007/2008 sind Mittel in Höhe von 317.000 € zur Sanierung der Turmbergterrasse und ein Ansatz in Höhe von 925.000 € für Planungen und erste Maßnahmen im Landschaftspark Rhein vorgesehen.

Im Masterplan Karlsruhe 2015 sind folgende Leitprojekte enthalten, die direkt oder aber mittelbar Inhalte des BUGA-Konzeptes sind:

- Landschaftspark Rhein einschließlich Auenerlebnispark und der vernetzenden Wegebeziehungen nach Knielingen und zum zentralen Stadtgebiet
- Aufwertung Turmbergareal
- Erweiterung und Aufwertung des Zoo-Areals im Zoologischen Stadtgarten
- Grünflächenvernetzung in den Stadtteilen
- Alter Schlachthof (Kreativpark Ost)